

Brandenburgs Schulen: 300 Millionen Euro mehr, aber Lehrerstellen fehlen!

Die Brandenburger Regierung investiert 300 Millionen Euro in die Bildung, trotz Stellenabbau und wachsender Schülerzahlen.



Brandenburg an der Havel, Deutschland - Die Brandenburger Regierung hat weitreichende Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation im Land angekündigt. Im Rahmen des geplanten Doppelhaushalts werden jährlich 300 Millionen Euro zusätzlich für die Bildung bereitgestellt. Diese Investitionen sollen auf die dringend benötigte Digitalisierung der Schulen eingehen und beinhalten Projekte wie den Digitalpakt Schule 2.0 sowie die Bereitstellung von Landeslizenzen für Lernsoftware, wie **rbb24** berichtet.

Das Engagement der Landesregierung erstreckt sich auch auf die Förderung von Demokratiebildung und den Jugendbereich. Trotz dieser positiven Fortschritte fallen jedoch gleichzeitig 345

Vollzeitstellen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal weg. Dies wird durch ein reduziertes Budget von 50 Millionen Euro für die Gehälter der Lehrkräfte verstärkt. Um den Auswirkungen dieser Kürzungen entgegenzuwirken, wurden 14 Millionen Euro für Vertretungslehrer eingeplant.

Erwartungen und Herausforderungen

Für das kommende Schuljahr wird mit einem Anstieg von etwa 3.000 Schülerinnen und Schülern gerechnet, was die Situation an den Schulen zusätzlich anspannt. Berichten zufolge wird der Wegfall von Vollzeitstellen auch die Durchführung zusätzlicher Angebote gefährden, beispielsweise Chöre und Arbeitsgemeinschaften. In dieser angespannten Lage soll ab Februar 2026 eine zusätzliche Unterrichtsstunde pro Woche für Lehrkräfte verpflichtend sein, um Schulstunden und damit Lernverluste zu vermeiden. Diese Maßnahme wird jedoch auch die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte erhöhen.

Eltern und Bildungsexperten äußern bereits Bedenken über die möglichen negativen Auswirkungen auf den Bildungserfolg. Schulämter haben zudem die Möglichkeit, Richtwerte zur personellen Ausstattung vorübergehend zu unterschreiten, was in der Praxis zu einem Wegfall von Betreuungsstunden für förderbedürftige Kinder führen könnte.

Reduzierung der Betreuungsangebote

Ein Beispiel aus Brandenburg an der Havel zeigt die Herausforderungen konkret auf: An einer Gesamtschule dort sinkt die Vertretungsreserve von 13 auf 10 Stunden pro Woche. Auch Stunden für „Gemeinsames Lernen“ werden um 20 Prozent reduziert, von 93 auf 75 Stunden pro Woche, was die inklusiven Angebote gefährdet. In ähnlichem Maße ist ein Rückgang von nahezu 10 Prozent in der Ganztagsbetreuung zu verzeichnen, was zu einer weiteren Belastung der vorhandenen Ressourcen führt.

Für die Schulen ist die Lage ernst: Der Spagat zwischen notwendigen Investitionen und den Kürzungen im Personalbereich stellt ein gravierendes Problem dar, das sowohl Lehrer als auch Schüler betrifft. Die Herausforderungen der Digitalisierung, die durch die bereitgestellten Mittel adressiert werden sollen, tangieren somit auch die menschenzentrierten Aspekte der Bildungsarbeit.

Weitere Informationen zur Digitalisierung der Schulen und den damit verbundenen Projekten finden sich im Bericht des Bundestages unter **[bundestag.de](http://www.bundestag.de)** sowie in den Veröffentlichungen des Forschungsinstituts KIT unter **[kit.edu](http://www.kit.edu)**.

Details	
Vorfall	Bildungspolitik
Ort	Brandenburg an der Havel, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.bundestag.de • publikationen.bibliothek.kit.edu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net